

VOLKSBLATT

Herausgegeben von der
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
für die Provinz Sachsen

Die Tradition verpflichtet

Bezirksparteitag Magdeburg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Neues Rüstzeug

ok. Halle, 22. Oktober 1945.

Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei in Magdeburg ist in allen seinen Teilen würdig verlaufen. Die ihn organisierten und ausgestalteten, können stolz darauf sein, die riesigen Schwierigkeiten, die es in der so gundlich zerstörten Stadt Magdeburg zu überwinden galt, gemeistert zu haben. So stand z. B. kein Volkshaus oder anderes Lokal mit Nebenräumen zur Verfügung, wie in Halle der prächtige Volkspark. Die verschiedenen Tagungen und künstlerischen Veranstaltungen mußten räumlich weit auseinandergelagert werden.

Aber wir Sozialdemokraten haben schon ganz andere Dinge gemeistert. Die Verhandlungen jedenfalls, die Einzeltagungen und die großen Kundgebungen haben unter dieser Mißgunst der Verhältnisse nicht gelitten. Die Sozialdemokratie steht mitten drin im Wirtschaftleben und in den Verwaltungen. Da gilt es, Fachleute zu schulen und brennende Fragen des Alltags von Fachberatern klären zu lassen.

Fünf solcher Veranstaltungen haben am Sonntag stattgefunden und ein Blick da hinein zeigte ernste Vorträge und in der Aussprache ein Suchen nach Mitteln und Wegen und letzter Erkenntnis. Da saßen und haben beraten die Kommunalvertreter, die Wirtschaftvertreter, die Bodenreformvertreter, die Lehrer, die Frauen- und Jugendvertreter.

Auf allen Gebieten ist die Mutter der demokratischen Parteien die alte und nunmehr doch wieder junge Sozialdemokratische Partei vertreten und ersetzend nur Parteigenossen, die ihren Aufgaben gewachsen sind.

Es ging bei der Tagung in Magdeburg nicht nur um die politische und wirtschaftliche Führung des schaffenden Menschen, sondern auch um eine höhere Form des gesellschaftlichen Lebens. Davon kündeten die großen kulturellen Veranstaltungen im Rahmen des Parteitage.

Der Vortrag des Genossen Dr. Barnikol am Sonntag in den Palast-Lichtspielen sprach dafür und war jedem Hörer ein Geschenk. Das Stadtorchester umrahmte diese Veranstaltung mit würdiger Musik.

Aus den Sondertagungen wurde am Sonntag die große Einheit bei der Eröffnung der Vollversammlung des Parteitage. Es wurde die Kundgebung der Lebenskraft der sozialdemokratischen Bewegung, die sich in wenigen Wochen mit zwingender Gewalt neu entfaltet hat. Zu den Delegierten kamen Gäste: Der Saal der Palast-Lichtspiele war bis auf den letzten Platz besetzt.

Unter den Gästen waren Offiziere der Sowjetischen Militär-Administration. Unsere Toten wurden geehrt. Nach einem Musikvortrag des Säkularchor Orchesters brachte Intendant Geißler die Dichtung „Vermächtnis“ meisterhaft zum Vortrag. Genosse Fritz Drescher hielt die Gedenkrede für die, die der kämpfenden Arbeiterschaft vorangingen und ihre Führerschaft in der Schwärzzeit der nationalsozialistischen Herrschaft mit dem Tode besiegelten.

Genosse Weigelt, der Vorsitzende des Unterbezirks Magdeburg, begrüßte die Versammlung in der „Roten Stadt im roten Land“. Genosse Schmidt, der Bezirksvorsitzende, schilderte den Werdegang des neuen Bezirksverbandes, die Arbeiten und Mühen, die es gekostet hat um eine neue Organisation zu schaffen. Die Veteranen der Partei wurden begrüßt. Einer von den Alten, Fritz Henneberg, der vor 40 Jahren den Bezirksverband gegründet hat, trat dann als Rednerpult und schilderte wie es war, als man an den Fundamenten der Partei arbeitete.

Genosse Ernst Thape, der Mitbegründer des neuen Bezirksverbandes und jetzige Vorsitzende des Provinzialverbandes war leider durch dienstliche Angelegenheiten am Erscheinen verhindert und begrüßte den Bezirksparteitag durch einen herzlichen Brief.

Ernst Brandt, der Führer der Kommunisten im Bezirk, begrüßte gleichfalls den Parteitag und brachte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit beider Arbeiterbewegungen zum Ausdruck.

Den Höhepunkt des Parteitages aber bildete das tief schürfende, wegweisende Referat des Genossen Otto Meier vom Zentrallausschuß der Partei. Was er forderte war Aufopferung und Arbeit, immer wieder alle Kraft herzugeben für die Partei, für das deutsche Volk.

Der Schluß war ein erhebendes Treuebekenntnis und Dank an die wenigen Genossen, die nach dem Zusammenbruch des Hitlerismus

kurz entschlossen das Banner der Sozialdemokratie aufpflanzten. „Ihr habt es richtig gemacht, wir danken euch,“ erklärten die Delegierten dadurch, daß sie in einstimmiger Wahl diese Männer ihres Vertrauens wiederum mit der Führung der Partei im Bezirk betrauten.

Die Delegierten erhoben sich von ihren Plätzen, und dann — und immer lauter und schneller — erklang aus tiefstem Herzen heraus das Kampflied der Alten: Auf, Sozialisten, schließt die Reihen, die Trommel schlag, die Banner weh. Ein erhebender Ausklang dieser wichtigen Kundgebung.

Weltproblem, das Deutschland heißt

Otto Meier: Die Sozialdemokratie muß es lösen.

Auf dem Bezirksparteitag Magdeburg der Sozialdemokratischen Partei behandelte das Mitglied des Zentrallausschusses der SPD, Genosse Chefredakteur Otto Meier (Berlin), in großzügiger Rede die Aufgaben der Sozialdemokratie im neuen demokratischen Staate. Wir entnehmen dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede:

Die Sozialdemokratie verkörpert ein Stück deutscher Geschichte, sie ist die einzige Partei, die auf eine große Tradition zurückblicken kann. Aus den Fehlern der Vergangenheit haben wir Sozialdemokraten gelernt. Mit Selbstverständlichkeit und großem Opfermut sind wir drangegangen, die Partei wieder aufzubauen. Mit Stolz können wir schon jetzt nach so kurzer Zeit feststellen, daß die Verbundenheit durch den gemeinsamen Weg den Zusammenschluß so rasch, so fest und so zielklar ermöglicht hat.

Wir haben unsere Erfahrungen, unsere Haltung aus dem historischen Materialismus festigt. Die Situation ergab, daß nicht Abstimmungen und Beschlüsse, sondern

allein die Tat uns vorwärts gebracht

hat. Der Aufruf des Zentrallausschusses der Sozialdemokratischen Partei vom 17. Juni und seine Erweiterung durch die grundlegenden Ausführungen des Parteivorsitzenden Genossen Grote wohl in der Berliner Funktionärkonferenz schufen die Voraussetzungen zur Arbeit für das deutsche Volk und sind die entscheidenden Richtlinien, nach denen wir handeln wollen im gesamten deutschen Gebiet.

Die Reichskonferenz in Hannover

hat keinerlei Meinungsverschiedenheiten unter den Genossen auf beiden Seiten der Demarkationslinie ergeben. Entscheidend für Deutschlands Zukunft ist die politische und wirtschaftliche Einheit des uns verbliebenen Gebietes, und sie ist gegeben durch das Bestehen eigener geschlossener

Reichspartei der Sozialdemokratie.

Nicht wer sie führt, sondern daß sie da ist, ist das Entscheidende. Die Erkenntnis ist nicht

nur die nüchterne selbstverständliche Schlußfolgerung aus der gegebenen historischen Situation, sie ist zugleich auch die Bekundung der Gemeinsamkeit im alten sozialistischen Geist. Das geschichtlich Notwendige wird sich zwangsläufig durchsetzen. Das Band ist geknüpft. Gemeinsam werden wir herangehen an die Lösung des Weltproblems, das Deutschland heißt.

Der erste Schritt ist getan für ein geeinigtes Deutschland. Die Rolle, die die Sozialdemokratie im Augenblick zu spielen hat, ergibt sich aus zwei Fragen: Erachtet die Sowjetunion die bürgerlichen Parteien als die berufenen Vertreter des deutschen Volkes? Erkennen die Westmächte die Kommunistische Partei als alleinige Vertreterin des gesamten deutschen Volkes? Macht man sich die Beantwortung dieser Frage klar, dann erkennt man, welche entscheidende Rolle

unserer Partei als Mittlerin zufällt.

Das ist die historische Berufung der Sozialdemokratischen Partei. Sie ist die Voraussetzung zur Einordnung des deutschen Volkes in die Reihe der großen Demokratien. Diese Situation hat keine Vergleichsmöglichkeit. Es gibt nur eins: Das deutsche Volk muß mit uns gehen, heraus aus der politischen und seelischen Erschöpfung. Sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, ist zwecklos. Wir alle tragen Schuld an unserem Unglück und

müssen die Verantwortung auf uns nehmen.

Dann wird das objektive Urteil der Weltgeschichte uns gerecht werden. Wir Sozialisten wenden uns aber dagegen, mit den Naziverbrechern in einen Topf geworfen zu werden. Wir sind nicht allzumal Sünder, und es ist nicht unbescheiden, nicht ungerichtet, wenn wir verlangen, mit derselben Objektivität vor der Welt behandelt zu werden wie man sie unseren Mordern zugute kommen läßt.

Das ist die schwerste Bürde, die das Schicksal je einer Partei auferlegt hat. Aber wir sind die „größte der demokratischen Parteien. Eine Partei mit einer gewaltigen alten Tradition, und Tradition verpflichtet.



Professor Barnikol spricht

Bei Beurteilung unseres Wirkens in der Öffentlichkeit muß man bedenken, daß wir keine Machtpositionen in der Hand haben, im besten Falle haben wir Einfluß. Ein Beweis für das tiefe politische Einfühlungsvermögen der russischen Besatzungsmacht ist es, daß uns schon jetzt ein großer Teil Bewegungsfreiheit in unserer politischen Arbeit am deutschen Volke gewährt worden ist. In der sowjetischen Besatzungszone ist beim systematischen Aufbau und

durch die Agrarreform

viel Gutes geschaffen worden. Ungeheuer sind die Nöte, fast übermenschliche Anstrengungen sind noch erforderlich, um die Probleme zu meistern, in die uns der furchwürdige Hitlergeist hineingestoßen hat. Was wir vorgefunden haben ist furchtbar, es ist die

Invetur des Negativen, der Staatsbankrott.

Großplanungen sind in Vorbereitung. Die Wirtschaft vor allem muß heraus aus dem Notstand. Die Gewerkschaften werden dabei eine große Rolle zu spielen haben. Aber auch der Schutz aus den Hirnen der Arbeiter muß ausgeräumt werden. Da wo sie „durch den Hitlergeist versucht sind. Dann schaffen wir Verständnis der Welt für die Lage des deutschen Volkes. Es sind ungeheure Aufgaben, die die geeinte Arbeiterschaft zu erfüllen hat.

Die Gestaltung der zukünftigen Politik ist in ihrem Erfolg abhängig von der

Einigung der beiden Arbeiterparteien.

Sie muß eine Tatsache werden. Dazu gehört eine gewisse Zeit der ideologischen Vorbereitung. Noch sind manche unreinen Töne zu hören. In manchen Orten ist das Kriegsbell noch nicht ganz begraben. In der Spitze aber ist in beiden Parteien das beste Einvernehmen und der Wille zur Einheit. Alle aber wollen wir vernünftig sein und uns befleißigen, in jedem Arbeitskollegen nicht mehr den früheren Gegner zu sehen, sondern den Mitarbeiter und künftigen Parteifreund. Da der gute Wille da ist, wird die Einigung spruchreif, wenn beide Organisationen über das ganze Reichsgebiet festgesetzt dastehen. Bis dahin wollen wir in guter Kameradschaft darangehen, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen.

Ein Brief des Gründers

Einer der Gründer der Sozialdemokratischen Partei im Bezirksverband Magdeburg, Vizepräsident Ernst Thape, war am Erscheinen auf dem Bezirksparteitag leider amtlich verhindert. Er hat daher seinen Kampfgenossen diesen Brief geschrieben:

An den Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei Magdeburg, Genossinnen und Genossen!

Als alter Magdeburger freute ich mich auf diesen ersten Parteitag des Bezirkes, der nach zwölf Jahren der Verfolgung und der Illegalität wieder einmal öffentlich tagen und die Bedeutung der Sozialdemokratie allen, die sehen wollen, zeigen kann. Magdeburg war immer einer der bedeutendsten Bezirke des



Genosse Brandt auf der Jugendtagung

deutsches Sozialdemokratie und wird es trotz der Zerstörung unserer geliebten Stadt auch bleiben.

Als Vorsitzender des Provinzvorstandes der Sozialdemokratischen Partei hatte ich den Wunsch, den Parteigenossen unseres Bezirks den Dank auszusprechen für die vorbildliche Arbeit aller Funktionäre in Stadt und Land, die in den wenigen Wochen geleistet wurde, seit die Armee die Neubildung unserer Partei wieder gestattet hat. Es war mir ein Bedürfnis, auf dieser ersten Zusammenkunft nach zwölf Jahren der Illegalität und der Verfolgung den vielen Kampagneissen, die ich nach so langer Zeit wiedersehen würde, die Hand zu drücken und allen den Jungen und Alten zu sagen, daß es jetzt gilt, über die kleinen peinlichen Sorgen der politischen Tagesarbeit nach der Zerstörung Deutschlands durch den Nazismus nicht das große Ziel aus dem Auge zu verlieren.

Wir müssen und wir wollen Deutschland neu erbauen. Diesen Neubau kann nur die Arbeiterschaft planen und führen. Aus der Notwendigkeit der historischen Situation ergibt sich zwingend auch die Notwendigkeit der Einheit des politischen Handelns der Arbeiterklasse. Ein soziales Deutschland, von allen Staaten der Welt wieder geachtet und geehrt, wird von uns, den marxistischen deutschen Arbeitern, neu gebaut werden oder Deutschland wird nie wieder entstehen.

Weil aber die Arbeiter dann, wenn sie die soziale Gerechtigkeit wollen, den Staat nötiger brauchen als jede andere Gesellschaftsklasse, deshalb werden gerade die deutschen Arbeiter die neue Deutschland bauen und ihm

die Gestalt geben, die um der sozialen Gerechtigkeit willenwollt, e-gmfrärosegua-uo-ir rechtigkeit willen notwendig ist. Dazu bedarf es der Einheit der Arbeiterschaft. Diese Einheit hat zur Voraussetzung die gegenseitige Achtung und die vorbehaltlose gegenseitige Ehrlichkeit. Wer jetzt glaubt, daß Klassen-Genossen übervertelen zu dürfen, zerstört die Einheit und stört die Reaktion.

Als Vizepräsident der Provinz wollte ich zugleich im Namen der Provinzialverwaltung den Parteitag begrüßen und den Delegierten sagen, alle verantwortlichen Männer der neuen Verwaltung sind sich bewußt, daß ohne die verantwortungstreue, aktive und hingebungsvolle Mithilfe der Parteien keine geordnete Verwaltung aufgebaut werden kann.

Durch Umstände dienstlicher Art bin ich verhindert, an diesem für mich so wichtigen Parteitag teilzunehmen. Weil Kohlen und Benzin das wichtigste von allem sind, dessen wir jetzt bedürfen, bin ich des Verständnisses meiner Freunde und Genossen für meine Abwesenheit sicher. Ihr werdet mir verzeihen, wenn ich Euch heute nur auf diesem Wege begrüße.

Ich rufe dem ersten Parteitag des Bezirkes Magdeburg, unserer geliebten Sozialdemokratischen Partei zu: Genossen, seid Euch bei Eurer schweren politischen Arbeit immer bewußt, daß wir Sozialdemokraten vor der schwersten und größten, aber auch vor der schönsten Aufgabe stehen, die je eine Partei zu erfüllen hatte: wir wollen und wir werden aufbauen das neue Deutschland der sozialen Gerechtigkeit.

Ernst Thape.

Bekennnis zum Neuaufbau

Mit dem Bekenntnis zum Neuaufbau Deutschlands von den Gemeinden aus im Geiste brüderlicher Einheit bilden Arbeiterpartei letzte Genosse Präbena u

die Tagung der Kommunalpolitiker

ein. Die überfüllte Versammlung der sozialdemokratischen Leiter der Gemeinden und Kreise stand dann im Banne der grundsätzlichen, mitreißenden Rede des

Bezirkspräsidenten Genossen Baer.

Seinem richtunggebenden Vortrag schickte er einen Rückblick voraus auf die verantwortungsbewußte, segensreiche kommunalpolitische Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Zeit vor dem verantwortungslosen Hitlerregime.

Das Wohl des Volkes war uns immer das höchste Gesetz, und doch hat uns das Volk nicht geglaubt, als wir es warnten, seine Lebensinteressen dem politischen Rattenkäfige Hitlers anzuvertrauen. Begraben war unsere Idee, überschüttet unsere Weltanschauung, aber dennoch hat sie sich stärker erwiesen als die verlogene Ideologie des Faschismus. Als die

Tyrannensherrschaft des Volkseindes zerschlagen

am Boden lag, da wurden wir wiederum für die schwere Aufgabe gestellt, die Heimat fest in unsere Hand zu nehmen, und wir haben russischen Administration zu danken, die es zuliess, daß wir unser Schicksal selbst formen dürfen.

Viele haben die Schwere des Unglücks noch gar nicht erkannt. Wir Sozialisten haben uns nicht anzuklagen, wir waren aufrechte Kämpfer gegen den nazistischen Geist, aber die Mehrheit des Volkes hat nicht auf uns gehört, sie hat Recht und Freiheit hingegeben.

Mit Fug und Recht errichten wir den demokratischen Staat. Auf den Geist kommt es an. Der Geist des Hasses gegen das Gute, der böse Nazigeist, muß unser Volk ausgetrieben werden. Wir müssen

das Volk herauführen aus Schmach und Schande.

Das ist die Aufgabe unserer Partei. Wir müssen uns selber helfen, dazu sind vor allem die Bürgermeister in allen Orten da. Wir können unsere Aufgaben gar nicht ernst genug nehmen, denn wir sind verantwortlich für das Volk.

Das ist keine Aufgabe für Abenteuerer, sondern für ernste Männer, die ungenügend mit festem Willen und ihre ganze Persönlichkeit einsetzen, weil das Schicksal des einzelnen das Schicksal der Gesamtheit ist.

Initiative und Verantwortung

muß uns leiten. Die soziale Frage ist die Kernfrage, aus ihr quillt Glück oder Unglück. Wir wollen die soziale Sicherheit des Volkes und die soziale Gerechtigkeit. Unsere sozialistische Idee muß zur Menschheitsidee werden. In der Arbeit liegt die Glorie der Arbeit. Die Sehnsucht der Massen, aus der Not des kapitalistischen Systems herauszukommen, wollen wir befriedigen, indem wir in Stadt und Land mit eigener Hand die soziale Frage schrittweise lösen. Nahrung, Wohnung und Kleidung zu beschaffen, ist unsere vorrangigste Aufgabe.

Bei dem Aufbau unserer Wirtschaft müssen wir kommunalisieren, wo wir nur können. Jede Gemeinde ist verpflichtet, ein Wohnungsbauprogramm für 1946 aufzustellen und es mit den Wohnungsbauvereinigungen durchzuführen in Gemeinschaftsarbeit. So wollen wir durch Selbsthilfe und planmäßiges Bauen aus eigener Kraft eine neue Heimat für viele schaffen. Zu dieser Pflichtarbeit müssen alle herangezogen werden. Keiner darf sich davon ausschließen. Die wahr e

Volksgemeinschaft in Stadt und Land

zu schaffen, das ist die Aufgabe unserer Kommunalpolitik an der Arbeit liegt die Erlösung für jedermann.

Auch die Jugend müssen wir so formen, wie für die neue Deutschland gebraucht wird. Die Jugend muß aus der Erfahrung der

die Zersplitterung ihr Unglück, ihre Einigkeit ihr Glück ist.

„Ein Mann der Tat“

Aus brendender Not, und dem Zwang, weiter zu leben, ist überall in Stadt und Land, aktivität zugegriffen worden. Diese erfreuliche Tatsache stellte Genosse Ostrowski, der Kommunalpolitische Sekretär des Zentralausschusses der SPD, fest, die Magdeburger Parteigenossenschaft beglückwünschte, daß an ihrer Spitze ein Mann der Tat, wie Genosse Baer, steht, der den Beweis erbracht hat, daß auch die Alten jung, zündend und aktiv wirken können. „Läßt ihn weiterhin unter euch wirken und leistet ihm Gefolgschaft, als einem von euch, der in der Reihe bleiben und sich durch seine Taten den Anspruch auf Führung gelobt hat“, rief er den Magdeburger Genossen zu.

Wo bei der Neugestaltung des kommunalen Lebens KP und SP in edlem Wettstreit zugegriffen haben, hat sich auch der Erfolg eingestellt. Diese brüderliche Verbundenheit in dem praktischen Wirken für die Allgemeinheit ist der Beifalls würdig, ob die

Einheit der Arbeiterschaft Wirklichkeit werden wird. Auf diesem Fundament gemeinsam, aufbauender Arbeit wird die Einheit der beiden Parteien vorbereitet.

Die Übersteigerung der Selbstsicht der bürgerlichen Klasse muß aus dem Volke verschwinden, wir müssen das Prinzip finden, das uns aus der Not herausführt, und das ist der Sozialismus. Es muß gemeinschaftlich, d. h. sozialistisch handeln und denken lernen. Wir Sozialisten können mit gutem Gewissen

den Kopf hoch halten. Die anderen lassen ihn hängen. Keine Trägheit des Herzens, keine theoretischen Streitigkeiten, keine Parolen, nur sachliche Arbeit und persönliches Beispiel, Verantwortungsgefühl und Taten brauchen wir zum Neuaufbau mit Geduld und Ehrlichkeit.

In einem großangelegten, instruktiven Referat über die Neuordnung der Finanzen schiedte Stadtrat Genosse Dietrich die Maßnahmen zur

Sicherung der kommunalen Finanzwirtschaft und nächtliche Vorschläge zur Finanzierung des Wohnungsbauwesens zur Schaffung neuer Kreditquellen für die Kommunen und gab Ratschläge für die Steuerpolitik, das Bank- und Sparkassenwesen und für den Finanzausgleich. Voraussetzung für die Durchführung der Neuordnung des kommunalen Lebens ist die Begeisterung der proletarischen Wirtschaft und die Einführung der Wirtschaftsdemokratie.

Bedarfgüter nicht Luxusgüter

Der Weg der Wirtschaft in die deutsche Zukunft

Auf der Wirtschaftsstagung trafen sich die Genossen und geladenen Gäste aus Wirtschaft und Verwaltung, die im Bereich der Städte, draußa auf dem Lande und in den Verwaltungen wirtschaftlicher Unternehmungen an der Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsnat und am Neuaufbau der Wirtschaft mitwirken. Männer der Praxis sprachen zu ihnen und gaben die zielsetzende Ausrichtung, brachten offene Kritik aus den Erfahrungen nighler Kleinarbeit und stellten Forderungen, Ausführungen von beglückter Höhe über

„Wirtschaft heute und morgen“ brachte Gen. Kospeter. Im geschichtlichen Uebersicht durch die kapitalistische Entwicklung zeigte er den Sinn des letzten Versuches durch Hitler, die aus dem Kapitalismus hinausführende Tendenz abzuwenden und soziale Aufzukunft zu bewahren. Die gesamtgesellschaftlichen Interessen decken sich heute aber mit den Klasseninteressen der Arbeiterschaft.

Die politische Demokratie müsse notwendig, die private Wirtschaftsdiktatur aufheben,

demit der Sprung über den kapitalistisch ver-sumpften Graben zu den neuen Ufern einer sozialistisch orientierten Wirtschaft gelangt.

Gen. Wolf behandelte

Tagessfragen der Wirtschaft.

Er verlangte, daß die Anarchie in der Versorgung überwunden werden muß aus dem Geiste der Zusammengehörigkeit von Stadt und Land. Starke Worte fand er gegen den unumwundenen Tausch und Schwarzhandel und rief die Genossen zum Kampf gegen solche verderbliche Wirtschaftsmoral auf.

Der Rohstoffmangel

zwingt zur Planung und zur Beschränkung der Fertigung auf lebensnotwendige Güter.

Im demokratischen Staate sind auch die

„Betriebsräte für die Produktion mitverantwortlich.“

Eine starke Zusammenfassung der Transportmittel und eine rücksichtslose Lenkung der Fahrzeuge ist notwendig. Warme Worte fand Gen. Wolf für den

Wiederaufbau der Genossenschaften.

Auch der Wiederaufbau der Wohnungen muß genossenschaftlich geschehen. Die Baustoffbeschaffung bereitet Schwierigkeiten und nur die Umschaltung aus anderen Gewerben kann den Facharbeitermangel beheben.

Beim Umbau der Wirtschaftskammern werden die Aufgabenkreise die gesamte Wirtschaft betreffen und die Ansprüche der Schaffenden befriedigen. Ausu die Tarif- und Lohnfragen werden einbezogen werden. Es ist auch wichtig, sich um die Menschen in der Wirtschaft zu kümmern, damit die Arbeitskraft unserer deutschen Männer und Frauen erhalten bleibt.

Der Jugend, die durch Hitler betrogen wurde, muß beruflich der Rücken gestärkt werden, damit sich tüchtige Menschen herausbilden.

In der Diskussion wurde gefordert, Front zu machen

gegen ein Abtöten der Arbeitsmoral

und Arbeitsdisziplin. Wirtschaftsplanung von oben und Richtlinien der zentralen Instanzen seien notwendig.

Mehrere Ausführungen stifteten auf eine gründliche wirtschaftliche Schulung, vor allem der Betriebsräte.

Gen. Bach vom Zentralausschuß aus Berlin konnte zusammenfassend auf alle Fragen eingehen. Wirtschaftspolitische Richtlinien sind zu erwarten. Der einheitlichen Planung müssen die notwendigen Erhebungen über die Struktur der einzelnen Zonen vorgehen. Dringlich sei der Zwischen-Zonen-Ausgleich, während

die Ein- und Ausfuhr durch die Potsdamer

Fischlässe geregelt

sei. Solange nicht der notwendige Bedarf sichergestellt ist, dürfen Luxusgüter nicht produziert werden.

Bei der Aulassung der Gütaben

gebe es nur die Wahl zwischen Inflation oder stabilen Preisen, denn das Geld, aufgeschrieben in den Sperrbüchern, hat Hitler bedenkenlos verbraucht. Planung muß erfolgen unter der Einheit der Arbeiterklasse.

Die Anklage gegen die Kriegsverbrecher

(Fortsetzung aus der Sonnabend-Ausgabe. Redaktion Volksblatt)

O. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Grundsätze der Humanität, verübt in der Ausführung der Verschwörung, für welche die Verschwörer verantwortlich sind.

1. Anzefangen mit der Entlassung des Angriffskrieges am 1. September 1939 und während dessen Ausdehnung zu Kriegen, die fast die ganze Welt in Mitleidenschaft zogen, führten die Nazi-Verschwörer ihren gemeinsamen Plan und ihre Verschwörung der Kriegsführung und rücksichtsloser und vollkommener Nichtachtung und Verletzung von Kriegsrecht und Kriegsbrauch durch. Im Verlauf der Durchführung des gemeinsamen Planes und der Verschwörung

wurden die Kriegsverbrechen begangen, welche nachstehend im Anklagepunkt 3 dieser Anklageschrift im einzelnen angeführt sind.

2. Anzefangen mit der Inangriffnahme ihres Planes, vollkommene Kontrolle innerhalb des Deutschen Reiches zu erlangen und zu erhalten, und sodann in der Ausübung dieser Kontrolle zu Angriffen auf andere Staaten, führten die Nazi-Verschwörer ihren gemeinsamen Plan und

ihre Verschwörung unter vollkommener und rücksichtsloser Nichtachtung und Verletzung der Grundsätze der Humanität durch. Im Verlaufe der Ausführung des gemeinsamen Planes und der Verschwörung wurden Verbrechen gegen die Grundsätze der Humanität begangen, die nachstehend im Anklagepunkt 4 dieser Anklageschrift im einzelnen angeführt sind.

3. Auf Grund des Vorhergehenden sind die Angeklagten sowie verschiedene andere Personen einer

gemeinsam geplanten Verschwörung zur Durchführung von Verbrechen gegen den Frieden, einer Verschwörung zur Verübung von Verbrechen gegen die Grundsätze der Humanität im Verlauf der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung und einer Verschwörung zur Ausübung von Kriegsverbrechen nicht nur gegen die Streitkräfte ihrer Feinde, sondern auch gegen die friedliche Zivilbevölkerung schuldig.

Kriegs Angriffs-kriege seitens der Angeklagten waren.

C. Auf Anhang C dieser Anklageschrift wird verwiesen, indem die Begründung der Anklage wegen Verletzung von internationalen Verträgen, Abkommen und Zusicherungen, begangen von den Angeklagten in der Planung, Vorbereitung und Entfesselung dieser Kriege, enthalten ist.

VII.

Verantwortlichkeit von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen für das in Anklagepunkt 2 dargelegte Verbrechen

Hier wird auf Anhang A dieser Anklage verwiesen, in dem die Verantwortlichkeit der einzelnen Angeklagten für das Verbrechen in Anklagepunkt 2 dieser Anklageschrift angeführt ist. Hier wird auch auf Anhang B dieser Anklageschrift verwiesen bezüglich Feststellung der Verantwortlichkeit von Gruppen und Organisationen, hier verbrechertische Gruppen und Organisationen genannt, deren Verbrechen in Anklagepunkt 2 dieser Anklageschrift angeführt sind.

Anklagepunkt 3. Kriegsverbrechen

(Statut des Internationalen Militärtribunals, Artikel 6, insbesondere 6 (b))

VIII. Gegenstand der Anklage:

Sämtliche Angeklagten begannen vom 1. September 1939 bis 8. Mai 1945 Kriegsverbrechen in Deutschland und in allen von deutschen Truppen seit dem 1. September 1939 besetzten Ländern und Gebieten und in Oesterreich, der Tschechoslowakei, Italien und auf hoher See.

Sämtliche Angeklagten, im Zusammenhang mit anderen Personen, zu erwarten und führten aus einem gemeinsamen Plan oder Verschwörung Kriegsverbrechen, wie in Artikel 6 (b) des Statuts des Tribunals definiert, zu begehen. Dieser Plan sah u. a. die Führung eines „totalen Krieges“ sowie Kampf und militärische Okkupationsmethoden, die in direktem Widerspruch zu Kriegsrecht und Kriegsbräuchen standen, ferner die Begehung von Verbrechen auf dem Schlachtfeld beim Zusammenstoß mit

Anklagepunkt 2, Verbrecher gegen den Frieden

Statut des Internationalen Militärtribunals, Artikel 6(a)

V. Gegenstand der Anklage

Alle Angeklagten, zusammen mit anderen Personen, nahmen in den Jahren, die dem 8. Mai 1945 vorausgingen, an der Planung der Vorbereitung, der Entfesselung und der Führung von Angriffskriegen teil, die zugleich auch Kriege waren, die internationale Verträge, Abkommen und Zusicherungen verletzten.

VI. Aufzählung der geplanten, vorbereiteten, entfesselten und geführten Kriege

A. Die Kriege, auf die sich die Anklageschrift in diesem Anklagepunkt 2 der Anklageschrift bezieht, und die Daten, an denen sie be-

gannen, sind wie folgt: Gegen Polen am 1. September 1939, gegen Großbritannien und Frankreich am 3. September 1939, gegen Dänemark und Norwegen am 8. April 1940, gegen Belgien, die Niederlande und Luxemburg am 10. Mai 1940, gegen Jugoslawien und Griechenland am 6. April 1941, gegen Sowjet-Rußland am 22. Juni 1941 und gegen die Vereinigten Staaten von Amerika am 11. Dezember 1941.

B. Auf Anklagepunkt 1 der Anklage wird verwiesen, wo festgestellt wird, daß diese



Die „Fliegende Werkstatt“

Das nennen wir praktische Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land

M. G. St. Halle, den 22. Oktober.

Nicht nur die Initiative der großen Werke ist für den Neuaufbau des Wirtschaftslebens in der Provinz Sachsen entscheidend. Auf jeden einzelnen Betrieb kommt es in diesen entscheidenden Wochen und Monaten an. Jeder Unternehmer hat die Verpflichtung, seine Arbeit auf die heute gestellten Anforderungen des täglichen Bedarfs abzustimmen. Beispielgebend ist dies der Firma Karl H. Henze & Co in Halle mit der Einrichtung einer „Fliegenden Werkstatt“ gelungen.

Stadt und Land — Hand in Hand

Durch die Bodenreform erfolgte die Aufteilung der Bodeneinheiten in die ländlichen Gemeinden und Neusiedler. Das hatte eine Desorganisation der technischen Anlagen und Geräte und eine Neuanstellung von Einrichtungen aller Art zur Folge, wie es das Land noch nicht erlebt hat. Besonders ins Gewicht fällt dabei die Tatsache, daß die Umstellung beispielsweise eines Gießbetriebes auf zehn oder zwanzig neue selbständige Landwirtschaften in der kürzesten Zeit erfolgen mußte und dabei die laufenden landwirtschaftlichen Arbeiten nicht vernachlässigt werden durften. In die Freude der Landwirte mischte sich jedoch bei manchen Bauern die Sorge um die schnelle Erstellung, Reparatur oder befallmässige Herrichtung seiner lebensnotwendigen elektrischen Anlagen.

Davon erfuhr die Firma Karl H. Henze in Halle und entschloß sich sofort, den Bauern auf dem Land zuzuhelfen, indem sie eine „Fliegende Werkstatt“ organisierte und in ganz kurzer Zeit auch einsatzbereit machen konnte.

Wir kommen auf Anforderung

Von der Einsicht ausgehend, daß nicht nur bei den von der Bodenreform begünstigten Bauern, sondern auch bei fast allen anderen Bauernwirtschaften zahlreiche elektrotechnische Arbeiten durchzuführen sind, die durch die kriegsbedingten Umstände immer wieder auf später verschoben werden müßten, jetzt aber unbedingt erledigt werden müssen, wenn der hohe Materialverschleiß in kurzer Zeit nicht ganz zum Ausfall und damit zum Verlust der Anlagen führen soll, entschloß sich die Firma, selbst aus Land hinaus zu fahren. Damit kam sie einem großen Bedürfnis der Bauern nach Zeitersparnis nach, denn in der heutigen Zeit kann es sich kein Bauer mehr leisten, drei- oder viermal wegen einer kleinen Reparatur in die Stadt zu fahren, die dann meistens doch noch nicht fertig ist.

Es gingen deshalb eines Tages den Bürgermeistern der Gemeinden in der Provinz Sachsen Ansuchen zu, in denen ihnen mitgeteilt wurde, daß eine kurze Beachtung durch die Firma Henze in Halle, Große Urlichstraße, genüge, um die „Fliegende Werkstatt“ in die anfordemde Gemeinde zu entsenden. Es hieß darin: „Wir reparieren unterliegen teilweise sämtliche elektrische Geräte bis zum Motor hin an. Wir haben Motorspezialisten, Ankerwickler, Installateure und Radioflechte zur Hand. Wir bitten Sie, uns den Umfang der Reparaturen anzugeben und zu einem von uns näher zu bestimmenden Termin auf uns kommen bereitzuhalten. Wir brauchen nur einen Ar-

beitsraum und für größere Neuanlagen oder Reparaturen eine Uebernachtung für unsere Fachleute“.

Privatinitiative, wie sie sein soll

Die Firma Karl H. Henze & Co. ist nicht etwa von Kriegsschäden verschont geblieben, daß sie heute in der Lage wäre, ein solches Unternehmen, wie die „Fliegende Werkstatt“ zu starten. Nein, auch sie wurde vollständig ausgebombt und verlor durch den wirtschaftlichen Niedrigstand ihre materielle Grundlage. Entscheidend aber blieb, daß auf den Trümmern seiner Habe stehend, der junge „Chef“ alle Angehörigen seines Betriebes, der übrigens geschlossen im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert ist, den Mut besaß, nicht abwartend und dem Verlorenen nachtrauernd die Hände in den Schoß zu legen, sondern sofort frisch aufzubauen. Die wenigen Werkzeuge, die aus den Trümmern gerettet werden konnten, wurden hergerichtet. Neu, zum Teil befallmässige Anlagen entstanden. Eng zusammengedrängt auf kleinstem Raume stand nach wenigen Wochen ein arbeitsbereiter elektrotechnischer Spezialbetrieb fertig da, der sich nicht mehr nur mit Reparaturen begnügt, sondern eigene Produktionsgedanken für die Zukunft hat.

Vom kleinen Arbeitsraum

„Räumlich sind wir noch sehr eingeschränkt“, erklärt uns Herr Henze, als wir ihn in seinem Arbeitsbereich aufsuchen. Buchhaltung, Ladenverkauf und Büro liegen fast zu eng zusammen. Alles in allem nicht größer als zwei normale Zimmer. Oben sind noch zwei Räume, ebenfalls eine „Fabrik in Puppenstubeform“, und doch wird dort nicht improvisiert, sondern nach genauem Plan gearbeitet. Jede Reparatur wird für den Kunden nach Termin ausgeführt. In einem Zimmer arbeiten sechs Menschen, beim Ankerwickler, am Lautsprecher, am Motor, an der Quarzlampe und als Konstrukteur am Schaltbrett. Hier herrscht ein ausgeglichenes Zusammenspiel der Kräfte. Jeder hat sein Arbeitsfeld an einem Tisch. Auf dem Platz des anstehenden Meisters liegt über einer Glasplatte die Mitgliedskarte des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“.

... in die weite Provinz

Zum Wegbegleiter ist eine Anforderung da. Der Wagen mit Anhänger steht bereit. Ein schwerer Arbeitstisch, eine Tischdränke, Elektromotor, Bratschiele, Transformator, Prüfergeräte, Kabel, eine Lötlampe für Bandagen, eine Sägescharfmaschine, Werkzeug, also eine vollständige Werkstatt werden verladen. An der Handlung Tönnes Lassen rollen über die Landstraße. Von Dorf zu Dorf. Oft helfen acht Fachkräfte mit. Gerade zur Erntezeit wurden



Die „Fliegende Werkstatt“ auf dem Land

die elektrischen Antriebe dringend benötigt und daher war es besonders wichtig, daß gleich an Ort und Stelle jeder defekte Motor sofort instandgesetzt werden konnte. Sogar die Anker konnten gerichtet werden, ohne daß man die Motoren ausbauen mußte, um sie mit dem Fuhrwerk in die Stadt zu fahren und nach sechs Wochen nachzutragen.

Der Friseur bringt seine Haarschneidemaschine, der Gastwirt den Radioapparat, ein anderer eine Kochplatte, die Bäuerin bekommt endlich ihren Scheiter und Licht in den Stall, oder ein Arzt kann wieder seine Heilgeräte benutzen. Es wird nicht lange dauern, dann fahren schon zwei „fliegende Werkstätten“ über Land, denn der große „Horch 8“ wird umgebaut und mit zwei Anhängern fahrerfertig gemacht.

Aus Der Parteiarbeit

Mehringen. (Tod eines verdienten Parteigenossen.) In diesen Tagen wurde unser Parteigenosse Wilhelm Krause zu Grabe getragen. Schon in frühesten Jugend fand Krause den Scheiter und Licht in den Stall, oder ein Arzt kann wieder seine Heilgeräte benutzen. Es wird nicht lange dauern, dann fahren schon zwei „fliegende Werkstätten“ über Land, denn der große „Horch 8“ wird umgebaut und mit zwei Anhängern fahrerfertig gemacht.

Wessing. Hier wurde ein Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei gegründet, der die Gemeinden Bannwitz, Wessing und Mehleritzsch einschließt. Nach einer Versammlung wurde der Parteivorstand bestimmt, und der Genosse Schulz einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Größebitz. Auch in unserem Ort fand vor einigen Tagen die erste öffentliche Versammlung der Sozialdemokratischen Partei statt. Der Vorstand des Ortsvereins Genosse Zacharias, eröffnete die Kundgebung. Genosse Korthaus (Bitterfeld) sprach dann über das Thema „Der Irrsinn des Nationalsozialismus“. Seine Ausführungen waren in Klaren für jeden Parteimitgliedern verständlich. In den Worten gehalten und fanden deshalb auch vollen Beifall. Mit dem gemelzten gesungenen Lied „Mit uns steht die neue Zeit“ fand die gute besuchte Versammlung ihres Abschluß.

Köden. (Gründung des Ortsvereins Bad Köden.) Zur Gründungsversammlung der Sozialdemokratischen Partei hatten sich alle Mitglieder unserer Partei eingefunden, um den Ortsverband zu dem Ortsvereinswahl ergab sich eine rege Aussprache über organisatorische Fragen. Als erster Vorsitzender wurde der Genosse Müller gewählt.

Praun. Die erste Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei. In der Kundgebung wurde festgestellt, daß es keine Geschäftsstelle der SPD in unserer Gemeinde. Dieses Mal hat aber die aktive Arbeit aller die Aufrichtung eines Ortsvereins möglich gemacht. Den Auftakt zu der bevorstehenden Parteiarbeit gab eine Großkundgebung, in der Genosse Eich das Hauptreferat übernommen hatte.

Herberg. Im Ratskeller fand die erste öffentliche Versammlung der SPD statt. Genosse Kämmerer (Merseburg) behandelte in seiner Rede die für unsere Bevölkerung besonders wichtigen Fragen. In der anschließenden Wahl wurde Gen. Röcher als 1. Vorsitzender gewählt.

Bad Liebenfeld. In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung des Ortsvereins der SPD in „Goldene Stern“ sprach Genosse Kräger-Halle über Tagesfragen. Der Redner, der in Lauchringen schon aus der Zeit vor 1933 bestens bekannt ist und gleich bei seinem Erscheinen mit herzlichem Beifall freudig begrüßt worden war, fand mit seinem Ausführungen großen Beifall.

Wengelsdorf. Mit einer öffentlichen Kundgebung trat hier die SPD in Gasthaus Hoppe nach zwölfjähriger Unterbrechung erstmalig an die Öffentlichkeit. Genosse Karl Schulz (Wittenfeld) sprach über das Thema „Uebbruch und Aufbau“. Mit großem Interesse wurden seine Ausführungen aufgenommen und starkes Beifall dankte dem Redner. Ein selbstiger Ortsverein wird demnächst gegründet werden.

Hietzeroda. Die Sozialdemokratische Partei hatte zu einer Massenversammlung aufgerufen. Genosse Hecker sprach über „Faschismus und Demokratie“. Er wies auf das Wesen des Faschismus und stellte die Demokratie als einzig dauerhafte Staatsform heraus. Die Versammelten dankten dem Redner mit starkem Beifall.

Steden. Wie in allen übrigen Ortschaften des Mansfelder Seekraises, so wurde auch hier die Bildung der SPD vorangetrieben. Der Genosse Wilhelm Napieralla wurde einstimmig zum Leiter des Ortsvereins gewählt. Viele ältere, aber auch zahlreiche junge Genossen, haben den Weg zu uns gefunden, um sich auch mit einem Kräftchen in den Dienst unserer Aufgabe zu stellen.

Herbst im Fläming

Der Herbstwind legt über die Felder und wirbelt das Laub der Obstbäume an den Landstraßen auf, daß es well von dannen fliehet. Aber in den weiten Forsten des Fläming merkt man nur an dem Raschen der Bäume den tobenden Gesellen. Drinnen im Dickicht der Waldungen ist es ruhiger. Rehe und Hasen haben hier ihre Unterschlupf, und in den sandigen Hölungen birgt sich der Fuchs.

Es ist ein eigenes Land, dieses Fläminggebiet, das sich vom Rande der Elbe hinzieht bis in die Bezirke der Mark Brandenburg. Schier endlose Kiefernwälder wechseln ab mit einsamigen Heidegebieten, das im frühen Herbst bedeckte wird von dem aufwühlenden Rot der Erika. Jetzt freilich hat auch das Heidekraut seine Farbigkeit verloren, tahl drängen sich die Büschel über weite Strecken.

Der Krieg hat auch den Fläming nicht verschont. Er ging wie ein Unwetter über diesen friedlichen Landstrich. Manche Dörfer wussten davon ein Lied zu singen, sie müßten dafür zahlen, was die volksverderbenden Kriegstreiber in Deutschland anrichteten. Noch sind hier und da Spuren davon sichtbar, aber im allgemeinen ist die friedliche Stille bereits wieder eingetroffen, und wenn man an einem sonnigen Herbsttag durch die Buchenwälder hinter Serno wandert, spürt man nur die Wirkmacht der unberührten Natur, die sich hier in Wundern der Schönheit offenbart.

Die für die Erntezeit so wichtige Pflanzenernte in den Wäldern des Fläming war in diesem Herbst nicht so ergebnis wie im Sommer, wo infolge der starken Niederschläge und des warmen Wetters gewaltige Mengen der begehrten Walddörche zur Verfügung standen. Auch Heidebeeren hat es im vergangenen Sommer reichlich gegeben. Demals konnten allerdings die Früchte noch nicht so geerntet werden, wie es wünschenswert gewesen wäre. Jetzt richtet sich der Fläming allmählich auf die unwirtliche Jahreszeit ein. Nicht lange wird es mehr dauern, und der Frost wird mit eisigen Schauern durch das laag gestreckte Heidegebiet.

Ölsaal-Vorräte melden

Die Zentralverwaltung der Industrie benötigt zur Durchführung der Produktionsplanung für Öl und Margarine gemäß Befehl Nr. 55 auf schnellstem Wege eine Uebersicht über Ölsaalvorräte. Die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister werden aufgefordert, Bestände an Ölsaalen innerhalb ihres Gebietes und die Angabe, mit welcher weiteren Ablieferung von Ölsaalen noch zu rechnen ist, in doppelter Ausfertigung an die Provinzialverwaltung sofort zu melden.

Produktionssteigerung bei der Salgerhütte

Auch die Lehrwerkstatt Salgerhütte hat sich nunmehr erfolgreich in die Wiederaufbau eingeschaltet. Dem Betriebsrat ist es in enger Zusammenarbeit mit der Werkleitung gelungen, trotz aller Schwierigkeiten in die Serienherstellung von Küchenherden einzutreten. Die Materialbeschaffung für 700 Stück Küchenherde einschließlich der erforderlichen Güter wie Roste, Herdplatten und Feuerungsöfen ist sichergestellt.

Die ersten 50 Küchenherde verlassen in den nächsten Tagen das Werk.

Infolge des guten Auftragsbestandes ist die Arbeitszeit in der Lehrwerkstatt seit Montag um 22 auf 40 Stunden, in der Maschinenfabrik Salgerhütte, in allen Abteilungen von 32 auf 40 Stunden heraufgesetzt worden.

Die Beschäftigung aller Belegschaftsmitglieder ist vorerst auf 8 Monate sichergestellt.

Dem Vorbild der Maschinenfabrik Salgerhütte folgend, hat sich die Lehrwerkstatt nach Bildung eines Jugendausschusses vollständig dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Damit ist der Betrieb 100prozentig organisiert.

Aufruf zur Mitarbeit

An alle Fach- und Amateur-Fotografen. Die Presse- und Propaganda-Abteilung der Provinzialverwaltung Sachsen benötigt für ihr Bildarchiv fortlaufend Bildmaterial: In erster Linie interessante Aufnahmen von Kundgebungen, Veranstaltungen, Volkstesten usw., Industrie- und Werksaufnahmen; Bilder aus der Landwirtschaft aus der Partei- und Gewerkschaftsarbeit, aus dem täglichen Leben; kurzum die Bilder, die politischen Wert haben und den Wiederaufbau Deutschlands dokumentieren. Aber auch aus der künstlerischen Zeit werden Aufnahmen gleich welcher Charakter, benötigt. Inhaber solcher Fotos werden gebeten, diese der Presse- und Propaganda-Abteilung zur Verfügung zu stellen.

Die Fotos werden bei Anforderung bezahlt.

Halle (Saale), den 22. Oktober 1945.

Provinzialverwaltung Sachsen Abt. P. F. F.

Vorbildliche Gefebredigkeit

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Personalamtes Magdeburg haben bewiesen, daß sie mit all den Opfern einer verfehlten Nationalpolitik mitfühlen. Sie brachten bei der Besatzungsvorfahrt als Beitrag zur Befreiung „Wir helfen der Heimat“ 1944-50 auf. Ein beachtliches Ergebnis, anspornend und aufmunternd für alle Lauen und Geisigen. Helft weiter!

Nachmachen

In Zukunft wird in Lauen alle 14 Tage eine Jugendstunde am Sonntagvormittag stattfinden. Von diesen monatlich zwei Vorstellungen wird eine vom Betreuer als Beitrag zur Betreuung der Jugend kostenlos durchgeführt. Außerdem stellte er für bekanntmachungen für Jugendausschuss, sowie Spargel, Kultur Diebstahl, unentgeltlich zur Verfügung.

Ein gutes Beispiel für die Unterbreitung der Jugendarbeit.



Blick in die auf kleinsten Raum zusammengedrangte Werkstatt der Firma Henze u. Co. in Halle

Die Magdeburger Polizei greift durch

Eine Warnung an ehemalige Nationalsozialisten

Halle — Magdeburg, den 22. Oktober.

Die Behörden des nationalsozialistischen Regimes verlangen von ihren Untertanen unbändige Befolgung aller Gesetze, Verordnungen und Befehle. Jedes kleinste Delikt, jede leichte Uebertretung wird mit harten Strafen geahndet und die Todesstrafe war zum täglichen Kleingeld des Strafverfahrens herabgesunken. Viel mag da nicht annehmen, daß die Achtung vor dem Gesetz lebendige Ueberzeugung der Nationalsozialisten sei. Dem ist aber nicht so.

Bei Prüfung der Fragebogen, die die ehemaligen Parteigenossen der NSDAP auf Grund behördlicher Anordnung ausfüllen müßten, hat die Magdeburger Polizei leider festgestellt, daß darin eine Menge Gelogenes stand. Es wurde aber nicht nur unwahre Angaben gemacht, es wurde auch ebensowiesig verschwiegen. Ja, was glauben die Herren Pgs eigentlich, demokratischen Behörden zuzumuten zu können? Die Polizei wird jetzt jeden einzelnen Fall der Staatsanwaltschaft weiterreichen und die Betroffenen dürfen wegen ihrer Mogelei mit harten Strafen rechnen. Schon Schlaue haben sogar geglaubt, sich überhaupt nicht melden zu brauchen, sie guckten einfach weg und füllten sich gar nicht gemeint. Sobald solch ein Fall bekannt wird, wird der ehemalige Angehörige der NSDAP sofort festgenommen.

Ein weites Gewissen demokratischen Gesetzen gegenüber bewies auch der Geschäftsinhaber Hermann Wähner aus Sudenburg. Er hatte sich als ehemaliger Pgs bei der Ausfüllung seines Fragebogens wenig ehrlich gezeigt. Was er an Warenbeständen meldete, war nur ein Bruchteil seiner Vorräte. Als behördlich nachgefordert wurde, fand man weit mehr und darunter Mangelware aus friedlichen Zeiten. Seine Kassenbestände und täglichen Einnahmen wanderten in eine geheime Kasse, aber nicht zur Bank, wo sie nach Anfordern der Provinzialverwaltung hingeliefert. Auch hier griff die Polizei scharf durch, nahm den W. fest und die Stadt war gezwungen, einen Treuhänder einzusetzen.

Notstandsarbeitsgesetz zu erwarten

Energetische Maßnahmen zur Lösung des Transportproblems

Halle, den 22. Oktober. Der Provinzialausschuss des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte am Sonntag eine Konferenz eröfnet zur Behebung der Transportverwickelungen. Gen. Schneider vom Metallarbeiterverband stellte die Aufgaben der heutigen Gewerkschaften heraus. Es geht heute nicht mehr an, daß die Gewerkschaften unpolitisch seien, das Jahr 1933 hat das bewiesen. Der Faschismus mit Unterstützung des Finanzkapitals hatte leichte Arbeit mit den „unpolitischen“ Gewerkschaften.

Heute steht an der Woge der Gewerkschaften die Not und der Wille zum Wiederaufbau und Einheit der Arbeiterklasse.

Das Transportproblem ist als eine Schlinge um den Hals des deutschen Volkes zu betrachten. In Arbeitsfragen soll deshalb bestritten werden, was zu tun ist. Diese Schlinge abzustreifen. Die Intelligenz und die gute Wille des deutschen Arbeiters werden hier Mittel und Wege finden, um alle Gefahren abzuwenden. Die Gewerkschaften gehen heute die Betriebe um den Hals und ansetzen, was Hemmnisse vorhanden sind. Ein Straßenverkehrsamt ist gebildet worden. Haltsche Reparaturbetriebe haben bereits praktische Vorsehänge hierzu gemacht.

Genosse Naumann vom Transportarbeiterverband führte aus, daß wir den Weg finden müssen, um die Verkehrsschwierigkeiten hindurchzukommen. Wo es an der Initiative des Unternehmers oder der Arbeiterschaft fehlt, muß der Betriebsrat für Abhilfe sorgen. Da auch im Transportgewerbe Mangel an Arbeitskräften besteht, ist in Kürze

ein Notstandsarbeitsgesetz zu erwarten. Die furchbare Zerstörung Deutschlands durch die Nazis zwingt dazu, auch die Frauen in die Arbeitsprozess nach Möglichkeit einzulagern.

Ein Vertreter der Provinzialverwaltung wies darauf hin, daß wir auf dem Wege sind, das Verkehrsproblem zu lösen. Die Sowjetische Militärverwaltung hat für weitere Erleichterungen gesorgt, doch müssen wir aller Kraftfahrzeuge bis Ende dieses Jahres für Generatorenbetrieb umgebaut werden. Eine Verwertungsgesellschaft wird in Zukunft diese Fahrzeuge wieder herstellen und verwerten lassen.

Dem Treiben der Reparaturgänger muß ein Ende gesetzt werden.

Die Betriebsräte müssen mithelfen, diesen Märdern das Handwerk zu legen. Der Mangel an Öl zwingt dazu, drastische Maßnahmen zu ergreifen. Gegen die Kraftfahrzeuge, die ihre Aufgabe noch nicht erfüllt haben, sind staatliche Maßnahmen in den nächsten Tagen zu erwarten. Schnellreparaturstellen sollen den Kraftfahrern helfen, die Tankstellen werden Tag und Nacht geöffnet, und ein Castrol- und Verpflegungsdienst eingerichtet werden. Zu seinem Zwecke ist der Autodienst der Provinz Sachsen geschaffen worden. Obwohl Buna jetzt wieder arbeitet, ist die Brennstofflage noch nicht zufriedenstellend, verstockte Reifenvorräte müssen beschaffen werden.

In der Aussprache wurden verschiedene Fragen geklärt, auch auf dem Gebiet des Betriebsrats. Eine Kommission wurde gewählt, die die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit dem Straßenverkehrsamt übernimmt. Hinsichtlich des Verkehrsproblems zu seinem eigenen machen, werden wir alle Schwierigkeiten überwinden. Einstimmig angenommen wurde folgende

Entschlüsse
Sammelstellen an die Reparaturbetriebe gerecht verteilt werden.

3. Zur Erreichung einer größeren Beweglichkeit der Werkstätten ergibt sich die Forderung, daß eine größere Anzahl von Abfertigungslinien in die Verteilung gestellt werden müssen. Diese Forderung ergibt sich aus der Tatsache, daß sehr oft Fahrzeuge tagelang auf der Landstraße liegen und für den Verkehr ausfallen. Diese Wagen müssen in ihren Aufbau so gehalten sein, daß sie zugleich zum Transport notwendigem Material für die Werkstätten Verwendung finden können.

Wir stellen der Verkehrsverwaltung anheim, in gemeinsamer Arbeit mit der gewählten Kommission in allen Städten Abschleppstationen zu errichten. Die dafür vorgesehenen Werkstätten werden von der Verkehrsverwaltung benannt und müssen an den Ausfallstellen aller Orte plakatiert werden.

4. Die stillgelegten Fahrzeuge in den Betrieben müssen durch eine zentrale Regelung werden. Die noch vorhandene Schwierigkeit in der Brennstoffversorgung durch noch größere Produktionsleistung in der Benzinproduktion behoben werden. Auch die Reifenproduktion wird durch die oben erwähnte Unterstützung der Sowjetischen Administration baldigst anlaufen.

5. Unter allen Umständen sind die Ladeterminen und Wartezeiten herunterzusetzen. Hier müssen durch die Verkehrsverwaltung ständige Kontrollen auf Verlastungen, Kohlenbergen usw. durchgeführt werden.

Anklage gegen die Kriegsverbrecher

(Fortsetzung von der 2. Seite)

für die Besetzung der von ihren Armeen besetzten Gebiete gegen die Zivilbevölkerung dieser Gebiete.

Die besagten Kriegsverbrecher wurden von den Angeklagten besessen und von anderen Personen, für deren Handeln die Angeklagten einzustehen haben (Unterartikel 6 des Statuts), da diese Personen bei Begehung der in Frage stehenden Kriegsverbrechen in Ausführung eines gemeinsamen Planes bzw. Verschöpfung zur Begehung besagter Kriegsverbrechen in die die Angeklagten beim Entwurf und der Ausführung

A. Ermordung und Mißhandlung der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten und auf hoher See

Die Angeklagten haben während der ganzen Zeit ihrer Besetzung der von ihren Armeen überannten Gebiete zwecks systematischer Terrorisierung der Einwohnerschaft Zivilisten ermordet und gefoltert, sie mißhandelt und ohne Gerichtsverfahren ins Gefängnis geworfen.

Die Ermordungen und Mißhandlungen wurden auf verschiedene Weise ausgeführt, wie durch Erschießen, Erhängen, Vergasen, Ausschungen, übermäßige Zusammenpferkung, systematische Unterernährung, systematische Überbürdung von Arbeit über die Kraft derer, die sie auszuführen hatten, unsäuerliche ärztliche Betreuung und Hygiene, durch Prüttel, Prügel, Brutalität und Folter jeder Art, einschließlich des Gebrauchs glühender Eisen, Ausreißen von Fingerringen und Vornahme von Experimenten durch Operationen usw. an lebenden Menschen.

In einigen besetzten Gebieten mischten sich die Angeklagten in religiöse Angelegenheiten ein, verfolgten Angehörige der Geistlichkeit und von Mönchsorden und entsetzten Kirchenrat. Sie verübten vorwiegend und systematische Massenmord, d. h. die Ausrottung von Gruppen einer bestimmten Rasse nach politischer, nationaler, religiöser, gewissermaßen bestimmter Rassen, Volksklassen und nationale, rassische oder religiöse Gruppen, insbesondere Juden, Polen, Zigeuner usw. zu vernichten.

dieses Planes bzw. Verschöpfung sämtlich als Führer, Organisatoren, Anführer und Mittäter beteiligt waren.

Diese Methoden und Verbrechen stellten Verletzungen internationaler Konventionen, einzelner Strafgesetze und der allgemeinen Grundsätze des Strafrechts dar, wie sie sich auf dem Strafrecht der zivilisierten Völker beruhen. Sie waren mit dem systematischen Vorgehen der Angeklagten verbunden und bildeten einen Bestandteil dieser Vergehen.

Zwecks Erlangung von Information wurden Zivilisten systematisch jeder Art Förlörung unterworfen.

Zivilisten in den besetzten Gebieten wurden systematisch in „Schutzhaft“ genommen, d. h. verhaftet und ohne jedes Gerichtsverfahren und unter Versagung des üblichen Rechts auf einen Anwalt und unter höchst angründungs- und unmenschlichen Bedingungen in Haft gehalten.

In den Konzentrationslagern

gab es viele Häftlinge, die man „Nacht und Nebel“ nannte. Diese waren völlig von der Außenwelt abgeschnitten und durften weder Briefe empfangen noch schreiben. Sie verschwand spurlos, und die deutschen Behörden gaben nichts darüber bekannt, was mit ihnen geschehen sei.

Diese Morde und Mißhandlungen standen im Widerspruch zu internationalen Konventionen, insbesondere zu Artikel 46 der Haager Vorschriften aus dem Jahre 1907, zum Kriegsrecht und Kriegsverbrechen, zu den allgemeinen Grundsätzen des Strafrechts, wie sie sich aus den Satzungen aller zivilisierten Völker herleiten, zu einzelnen Strafgesetzen der Länder, in denen diese Verbrechen begangen wurden, und zu Artikel 6 (b) des Statuts.

Die folgenden und alle weiterhin in diesem Anklagepunkt aufgeführten Verbrechen sind nicht anders als Beispiele und schließen nicht andere Fälle aus. Das Recht der Anklagebehörde, Beweise für andere Fälle der Ermordung und Mißhandlung von Zivilisten nachzuweisen, bleibt ausdrücklich vorbehalten. (Fortsetzung folgt)

8. Durch organisatorische Maßnahmen muß verhindert werden, daß Wagen streckenweise Kraftfahrzeuge, sie müssen zu jeder Zeit voll ausgestattet sein.

7. Zur Unterstützung der Verkehrsdirktion wurde von der Konferenz eine Kommission gewählt, die sich aus Vertretern der Transport- und Reparaturbetriebe von Halle zusammensetzt. Der Leiter dieser Kommission und zwei weitere Beauftragte werden als Mitglieder der Verkehrsdirktion eingesetzt.

Die Gründe für die Aenderung des Kartensystems

Gerechtigkeit in der Lebensmittelzuteilung

Mit der Einführung der neuen Rationsätze für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone ab 1. November 1945 zeigt die Sowjetische Militäradministration auf, daß sie gewillt ist, auch auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung die demokratischen Grundsätze der Gerechtigkeit und der Leistungsanerkennung zu verwirklichen.

Die Provinz Sachsen als ein landwirtschaftlich Erzeugnisse besonders geeignetes Gebiet hat bisher im großen und ganzen die Rationsätze der Lebensmittelkarten pünktlich und voll befolgt. Sie nahm damit vor anderen Teilen der sowjetischen Besatzungszone, insbesondere vor dem überwiegend industriellen Bundesland Sachsen, vor der Mark Brandenburg mit den schlechteren Böden und vor der schwer zerstörten Millionenstadt Berlin, eine bevorzugte Stellung ein. Diese Sonderstellung konnte die Provinz Sachsen naturgemäß für die Dauer nicht beibehalten. Gerade in der schwierigen Zeit des Wiederaufbaus mußte es je länger je mehr unerträglich erscheinen, von allen Schaffenden in der sowjetischen Besatzungszone größte Leistungen zu verlangen und entgegenzunehmen, aber dabei ein Teil der sowjetischen Besatzungszone die Schaffenden besser zu ernähren als in anderen Teilen, in denen die gleiche Arbeit geleistet werden mußte. Insbesondere konnte es nicht länger verantwortet werden, den besonders schwer arbeitenden Kreisen in den benachteiligten Provinzen und Ländern die dringend benötigten Lebensmittelzulagen vorzuenthalten. Die demokratische Gerechtigkeit verlangt geheimerisch die Ueberprüfung der gesamten Lebensmittelversorgung der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone unter dem Gesichtspunkt

zunehmend unzweifelhaft darüber belehrt, daß die demokratische Gemeinschaft für Arbeitsunlustige kein Verständnis hat, sondern sie durch schärfste Rationierung zu fördern zur Mitarbeit erinnet und zu schöpferischer Arbeit heranzieht.

Die neue Gestaltung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone fördert also die Arbeitsfähigkeit und -freudigkeit aller in wahrhaft antifaschistischer Weise schaffenden. Das neue Versorgungssystem weist die Nahrungsmittel nicht denen zu, die die dickste Brotkruste haben, sondern denen, die am schwersten und tatkräftigsten für den Aufbau des neuen demokratischen Deutschlands wirken. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, wird der Befehl der Sowjetischen Militäradministration über die Neugestaltung der Versorgung in allen antifaschistischen Kreisen der Provinz Sachsen begrüßt werden.

Letzte Nachrichten

Massendiebstähle an Kunstschätzen

(SNB) Der Hausatlasausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses erklärte, daß der Wert von der Nazis in Europa gestohlenen Kunstschätzen sich auf über 20 Milliarden Mark beläuft.

Faschistischer Massenmörder zum Tode verurteilt

(SNB) Das außerordentliche Schwurgericht in Brescia in Italien hat den Faschisten Minardi wegen Erschießung von 36 Partisanen zum Tode verurteilt.

Die Kartel der Hitler-Partei entdeckt

(TASS) Ein Korrespondent der Agentur Associated Press teilt aus Berlin mit, daß die amerikanischen Behörden dort eine Karte der Zentralleitung der Hitler-Partei, die 8 Millionen Namen und Fotografen der Hitlerangehörigen enthält, aufgefunden haben. Die Karte enthält auch Namen von Mitgliedern des „Volksbundes für das Deutschland im Ausland“, der Hitleragenten in den USA, Argentinien und anderen Ländern.

Handwerk vor großen Aufgaben

Handwerkskammer Halle führend im sowjetischen Sektor

Halle, den 22. Oktober.

Mit der Beendigung dieses unseligen Krieges bietet die Wirtschaft ein völlig neues Bild. War vor dem Kriege noch früher die Großindustrie die Trägerin der Fertigung unserer Bedarfsgüter, so fällt diese heute weg. Durch die Zerschlagung der Großindustrie fällt diese Aufgabe zu einem großen Teil unserer Handwerker zu, selbst somit vor neuen Aufgaben. Eine Planung und Lenkung ist dadurch unbedingt erforderlich, wie im Verlauf der gestrigen Sitzung bei der Handwerkskammer in Halle immer wieder zum Ausdruck kam, zu der die Präsidenten der Provinzial- und Landeskammern, sowie die vorstandsmittler der Landeshandwerker-Genossenschaften anwesend waren. Für die Zentralverwaltung Handel und Versorgung war es Herr Regierungsrat Dr. Hartmann (Berlin), für die Landeshandwerkskammer Sachsen der Landeshandwerksmeister Eichler (Dresden), Mecklenburg-Schwerin Präsident Kötter, für Thüringen Präsident Baummeister (Weimar), für Berlin Präsident Haarfeld (Vizepräsident der Handwerkskammer des Magistrats Berlin), sowie der Präsident der Industrie und Handelskammer Halle, Bickel. Den Vorsitz führte der Präsident der Handwerkskammer Halle, K. E. B. Es ist z. B. für die Zukunft untragbar, daß das Land Sachsen ein Holzkontingent benötigt ohne Zuschuß zu erhalten, was zur Folge haben würde, daß Sachsen

In 7 Jahren ohne Wald

ist, während Thüringen eine freie Bewirtschaftung des Hoizes eingeführt hat, zu einem Zeitpunkt, wo alle Dresden 1 000 000 m³ Dachbalken braucht. Es geht auch nicht an, wie Präsident Keßner gestern wieder zum Ausdruck brachte, daß hier Millionen Löffel gefertigt werden, dort Feuerhaken, also Artikel derer, die wendigerweise keineswegs abgefordert werden können, als durchwegs nicht in dieser Menge lebensnotwendig sind. In einer früheren Sitzung betonte Präsident Keßner bereits: wenn wir heute nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage handeln würden, so würden bei der derzeitigen Zustände kommen. Jeder und jedes Unternehmen würde für sich produzieren bis zur Ueberättigung des Marktes. Man würde die unwichtigen Dinge herstellen. Die Rohstoffe sind aber so knapp, daß sie gelenkt werden müssen.

Planung und Lenkung sei deshalb der Wirtschaft oberstes Gebot. Eine solche Planung und Lenkung aber erfordert einen Ueberblick über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Da das Gros der deutschen Industrie zerschlagen ist, dem Handwerkskammer Halle, ein großer Teil der Gebrauchsgüterfabrikation zu übernehmen. Das ist eine Aufgabe, die dem Handwerk heute neu ist. Um so bedingter ist die aus der Initiative des Präsidenten Keßner nun erfolgende Produktionsleistungsfähigkeit des Handwerks für das Jahr 1946 im sowjetischen

Sektor. Die vorhandenen Rohstoffe müssen im Interesse der Wirtschaft für lebensnotwendige Güter angesetzt werden. Daraus ergibt sich die Frage: Inwiefern kann die das Handwerk anfertigen? Wie hoch ist seine Produktionskapazität? Bist steht hier nicht die Frage der Rohstoffversorgung zur Debatte, sondern mit welchen Produktionssummen kann das Handwerk aufwarten, welche Art Bedarfsgüter überhaupt ist es in der Lage herzustellen. Die Verteilung der Aufträge und Rohstoffe erfolgt durch die Zentralverwaltung in Berlin.

Alle Betriebe haben sich einzulassen

Durch die Bindung der Einzelbetriebe an die Material- und Lieferengpassungen der Genossenschaften (Genossenschaften) wird die erfolgreiche Durchführung, wie eine Kollektivleistung des Handwerks. Gegenüber der früheren Zeit muß ein grundsätzlicher Wandel eintreten. Das Handwerk hat

die politische Ausrichtung zu vollziehen. Dieser Kampf, von der Arbeiterchaft 1919 erfolglos geführt, bietet sich uns heute erneut. Aber diesmal wird die Gelegenheit zum Wohle der Gesamtheit und der Bevölkerung ausgenutzt. Er schließt mit der Forderung: An erster Stelle muß unbedingt die Fabrikation der lebensnotwendigen Güter stehen.

Im Anschluß erfolgten Ueberblicke über die geleistete Arbeit der einzelnen Kammern und Landeslieferenggenossenschaften. Verantwortungslos wurden von den Nazis Aufträge verteilt und entgegengenommen, die die Kapazität keineswegs entsprachen, womit schon von Anfang an die Lieferfristen einzuhalten unmöglich war. Die Folge davon war ein Ueberangebot von Bezugsgütern gegenüber mangelnder Deckung an Bedarfsgütern. Durch unsere Feststellung der Produktionsleistungsfähigkeit des Handwerks wollen wir erreichen, daß in nicht allzu langer Zeit ein Fabrikationsüberschuß vorhanden ist. Die erste Bedingung dabei ist, daß das Produktionsgebiet eigenes Absatzgebiet hat.

Aus den Darlegungen der einzelnen Kammerpräsidenten ging immer wieder hervor, wie wichtig die Lenkung und Planung des Handwerks ist, in deren Gefolge die Typennormung und -beschränkung einen nicht unwichtigen Platz einnimmt.

In seinen Abschlusworten würdigte Präsident Keßner die großen Aufgaben und die Wichtigkeit der Landeslieferenggenossenschaften. Er führte unter anderem aus, daß durch die Genossenschaften eine größere Ausnutzung der Spezialmaschinen und damit eine größere Produktionskapazität erreicht wird. Durch die Aufstellung des Produktionsplanes 1946 ist die Zentralverwaltung Berlin in der Lage, die Lenkung und Planung so durchzuführen, daß eine Auslastung der Betriebe besser möglich ist. Er führt gleichzeitig aus, daß eine große wertvolle Rohstoffe zur Fertigung lebensnotwendiger Bedarfsgüter.

